**Deutscher Bundestag** **Drucksache 14/9556**
**14. Wahlperiode** 26. 06. 2002

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Norbert Otto (Erfurt), Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/6947 –**

## Planungs- und Finanzsicherheit für Verkehrsprojekt Deutsche Einheit 8.1 – ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt – schaffen

### A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag unter anderem mit dem Ziel eingebracht, die Bundesregierung aufzufordern, verbindliche Aussagen unter Benennung des Zeithorizontes für den kompletten Ausbau und die Inbetriebnahme der ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt und zur Finanzplanung für das Projekt zu treffen. Sie soll weiterhin aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, dass bei anderen Projekten der Deutsche Bahn AG nicht in Anspruch genommene Investmittel zweckgebunden auf das Projekt VDE 8.1 umgeleitet werden.

### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

### C. Alternativen

Annahme des Antrags.

### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/6947 – abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2002

**Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**

| **Eduard Oswald** | **Wieland Sorge** |
| --- | --- |
| Vorsitzender | Berichterstatter |

# Bericht des Abgeordneten Wieland Sorge

## I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/6947 in seiner 190. Sitzung am 27. September 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

## II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag auf Drucksache 14/6947 hat unter anderem zum Ziel, die Bundesregierung aufzufordern, verbindliche Aussagen unter Benennung des Zeithorizontes für den kompletten Ausbau und die Inbetriebnahme der ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt und zur Finanzplanung für das Projekt zu treffen. Sie soll weiterhin aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, dass bei anderen Projekten der Deutsche Bahn AG (DB AG) nicht in Anspruch genommene Investmittel zweckgebunden auf das Projekt VDE 8.1 umgeleitet werden.

## III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 88. Sitzung am 7. November 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

## IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 87. Sitzung am 12. Juni 2002 zusammen mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/5756 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** meinte, der Antrag habe sich mit der Festlegung im März dieses Jahres, die Strecke in den vordringlichen Bedarf des Schienenwegeausbaugesetzes einzuordnen, überholt. Damit sei die Festlegung getroffen worden, die Planungen so schnell wie möglich voranzutreiben und eine Finanzierungsvereinbarung zwischen der Deutschen Bahn AG und der Bundesregierung zu treffen. Für den Ausbau der Strecke zwischen Nürnberg und Forchheim würden 203 Mio. Euro aus dem Anti-Stau-Programm zur Verfügung gestellt, so dass die Strecke schnellstmöglich ausgebaut werden könne. Es sei nicht sinnvoll, nicht in Anspruch genommene Investitionsmittel in das Projekt 8.1 einzubringen, ohne die einzelnen Planungsschritte festzulegen. Es gebe Strecken mit abgeschlossenen Planungen, bei denen die Mittel schneller verwendet werden könnten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, dass es für die Projekte 8.1 und 8.2 nur die alte Finanzierungsvereinbarung gebe, die für die Strecke Erfurt–Ilmenau des Projektes 8.1 aktualisiert worden sei. Auf dieser Strecke werde kein ICE-Verkehr, sondern Regionalverkehr fahren. Damit sei dies die teuerste Strecke Deutschlands. Es gebe keine Finanzierungsvereinbarungen und Termine für die Strecke südlich von Ilmenau. Lediglich für die Strecke zwischen Erfurt und Ilmenau sei der Termin 2006 als Fertigstellungstermin vorgesehen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, auch der Freistaat Sachsen habe deutlich gemacht, dass eine Nord-Süd-Hochgeschwindigkeitsverbindung über Zwickau–Hof aus verkehrlichen Gründen sinnvoller sei als eine Verbindung über Erfurt. Daher sei es begründet, dass noch einmal überprüft worden sei, welche Nord-Süd-Verbindung verwirklicht werden solle. Eine Strecke durch den Thüringer Wald sei nicht optimal, da diese Strecke in der internen Investitionsplanung der DB AG erst für den Zeitraum nach 2010 als betriebs- und verkehrsnotwendig eingestuft worden sei.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie habe das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit 8.1 bereits in der Vergangenheit unterstützt. Die Koalitionsfraktionen hätten 1999 festgestellt, diese Strecke sei nicht erforderlich. Bundeskanzler Gerhard Schröder habe dagegen kürzlich erklärt, die Strecke sei notwendig, während die bayerische SPD das Projekt weiterhin ablehne. Es bleibe abzuwarten, ob die Fraktion der SPD den Antrag ablehne, damit der Meinung der SPD in Bayern folge und sich dann im Widerspruch zu der Aussage des Bundeskanzlers befinde.

Die **Fraktion der PDS** führte aus, man lehne den Antrag ab. Die Argumente, die gegen den Ausbau sprächen, könnten unter dem Schlagwort „mit Hochgeschwindigkeit in die Bahnpleite“ zusammengefasst werden. Das Ziel, Verkehr auf die Schiene zu verlagern, werde nicht erreicht. Wenn das schlechte Schienennetz nicht flächenhaft ausgebaut werde, werde der Verkehr auf der Schiene immer mehr abnehmen und der Verkehr mit dem PKW zunehmen.

Berlin, den 12. Juni 2002

**Wieland Sorge**
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333